



MATTHIAS STICKLER
Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Institut für Geschichte

AUF DEM WEG ZUM DEUTSCH-POLNISCHEN NACHBARSCHAFTSVERTRAG – DER BDV UND DIE POLITISCHE ANNÄHERUNG ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND POLEN 1990/91

NA DRODZE DO POLSKO-NIEMIECKIEGO TRAKTATU SĄSIEDZKIEGO
– BDV I ZBLIŻENIE POLITYCZNE MIĘDZY POLSKĄ A NIEMCAMI 1990/91

TOWARDS THE POLISH–GERMAN TREATY OF GOOD NEIGHBOURSHIP
AND FRIENDLY COOPERATION – BDV (FEDERATION OF EXPELLEES)
AND THE RAPPROCHEMENT BETWEEN GERMANY AND POLAND IN
1990–1991

ABSTRACT: One of the biggest imponderables in the process of Polish-German rapprochement at the turn of the 1980s and 1990s was the reaction of the Federation of Expellees (BdV) and its partner organizations. Despite the attempts undertaken by BdV to contest the final recognition of the Oder-Neisse border by the German state, the organization failed to gain allies. It had to accept the political reality and the decisions of the state, and find new areas of activity for itself, for which the Polish–German Treaty of Good Neighbourship and Friendly Cooperation laid solid foundations.

KEYWORDS: Federation of Expellees (BdV), Landsmannschaften, Helmut Kohl, Herbert Czaja, Hartmut Koschyk, Line of Odra and Nysa, German minority in Poland, German–Polish Border Treaty, Polish–German Treaty of Good Neighbourship and Friendly Cooperation

KEYWORDS: Związek Wypędzonych (BdV), Landsmannschaften, Helmut Kohl, Herbert Czaja, Hartmut Koschyk, Linia Odry i Nysy, Mniejszość niemiecka w Polsce, Polsko-Niemiecki Traktat o Potwierdzeniu Granicy, Polsko-Niemiecki Traktat o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy

Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991 – meist kurz als deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag bezeichnet – gehört zu den zumindest in Deutschland leider zu wenig beachteten internationalen Verträgen, die den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands flankierten. Dieser stellte gewissermaßen den krönenden Abschluss eines Annäherungsprozesses dar, in dem es den Regierungen in Deutschland und Polen in relativ kurzer Zeit gelang, wesentliche Probleme im beiderseitigen Verhältnis einer befriedigenden Lösung durchzuführen und damit eine stabile Grundlage für ihre zwischenstaatlichen Beziehungen zu legen. Auf diese Weise wurde ein politisches Klima geschaffen, das es der polnischen Seite ermöglichte, dem größer gewordenen Nachbarn trotz der Hypotheken der Vergangenheit als Folge der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik in Polen zwischen 1939 und 1944/45 Vertrauen entgegenzubringen. Umgekehrt musste die Bundesrepublik – konkret die CDU-geführte Regierung Helmut Kohl – darauf bedacht sein, auf diesem Weg den Bund der Vertriebenen (BdV)¹ irgendwie mitzunehmen, dessen Verbandspolitiker und Mitglieder mehrheitlich Anhänger von CDU und CSU waren. Dies war umso wichtiger, als die hohen Erwartungen der BdV-Spitze im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands dahingehend enttäuscht worden waren, als die Anerkennung seiner „Potsdamer Grenzen“ (also das Gebiet der 1945 gebildeten vier Besatzungszonen inklusive des Saarlands und Groß-Berlins), durch Deutschland eine zentrale Voraussetzung für das Zustandekommen des „Zwei-Plus-Vier-Vertrags“ gewesen war und sich beide deutsche Staaten verpflichtet hatten, die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze in einem separaten Vertrag zwischen Deutschland und Polen (noch einmal) völkerrechtlich zu bestätigen. Dies geschah am 14. November 1990 im „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze“,

¹ Der Dachverband „Bund der Vertriebenen. Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ (BdV) wurde 1957/1958 gegründet. In ihm gingen die am 9. April 1949 gegründeten Verbände „Zentralverband vertriebener Deutscher“ (ZvD) – seit 1954 „Bund vertriebener Deutscher“ (BVD) – und „Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften“ (VOL) – seit 1952 „Verband der Landsmannschaften“ (VdL) – auf. Zu den deutschen Vertriebenenverbänden vgl. vor allem Matthias Stickler: *„Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“ – Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972*, Düsseldorf 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 46). Vgl. auch Pertti Aho, *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990*, Oxford u.a. 2003.

zumeist kurz als deutsch-polnischer Grenzvertrag oder Grenzbestätigungsvertrag bezeichnet.

1. Die Stellung der Vertriebenenverbände in der frühen Ära Kohl

Um die Konflikte zwischen der Regierung Kohl und dem BdV in den Jahren 1990 und 1991 verstehen zu können, muss man sich klar machen, dass der BdV auch in den 1980er Jahren noch den Anspruch vertrat, dass im Falle einer Lösung der deutschen Frage sich der wiederherzustellende gesamtdeutsche Staat keineswegs nur auf „Potsdam-Deutschland“ beschränken dürfe, sondern eine Revision der Oder-Neiße-Linie Ziel deutscher Politik sein müsse: Begründet wurde dies insbesondere mit dem Selbstbestimmungsrecht der deutschen Vertriebenen und ihrer Nachkommen. Diese Programmatik in der Grenzfrage war zwar nicht per se anti-polnisch motiviert, der BdV war vielmehr grundsätzlich versöhnungsorientiert gegenüber Polen. Jedoch gingen entsprechende Aktivitäten implizit davon aus, dass die deutsch-polnische Grenze dauerhaft nicht so bleiben könne wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs faktisch war. Insofern wurde der Warschauer Vertrag von 1970 lediglich als Gewaltverzichtsvertrag interpretiert, der zudem ein vereinigtes Deutschland nicht band². Allerdings änderte sich die Stellung der Vertriebenenverbände im machtpolitischen Gefüge der Bundesrepublik seit der Ära Adenauer langsam, aber stetig. War es ihnen in den 1950er und 1960er Jahren noch mit sehr großem Erfolg gelungen, Unionsparteien und SPD zumindest verbal auf ihre revisionsorientierte heimatpolitische Linie festzulegen, weil beide großen Volksparteien auf das Wählerpotential des BdV und seiner Mitgliederverbände Rücksicht nahmen, so begann seit den späten 1960er Jahren deren Einfluss in dem Maße immer mehr zu schwinden, wie in Bonn die Wiedervereinigung Deutschlands als

² Vgl. hierzu Matthias Stickler, *Gegenspieler der Aussöhnung? Die Haltung der Vertriebenenverbände zur deutsch-polnischen Verständigung 1949 bis 1969*, [in:] *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik*, hrsg. von Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki, Klaus Ziemer, Mitarbeit von Thomas Roth, Bonn 2009 (Archiv für Sozialgeschichte, 27), S. 224–244; *idem*, „... bis an die Memel“? *Die Haltung der deutschen Vertriebenenverbände zur deutsch-polnischen Grenze*, [in:] *Granica. Die deutsch-polnische Grenze vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*, hrsg. von Karoline Gil, Christian Pletzing, München 2010, S. 105–134. Zur polnischen Perspektive auf Flucht und Vertreibung der Deutschen und die damit zusammenhängenden Fragen vgl. etwa Jan M. Piskorski: *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift*, Osnabrück 2005 (poln. Original-Ausgabe unter dem Titel: *Polacy i Niemcy. Czy przeszłość musi być przeszkodą?*, Poznań 2004); *idem*, *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Berlin 2013.

Nahziel westdeutscher Außenpolitik immer mehr aus dem Blickfeld geriet und sich mit der Entspannungspolitik die grundlegenden politischen Prämissen in den internationalen Beziehungen veränderten. Es gelang dem BdV trotz massiver Anstrengungen deshalb auch nicht, die Neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel zu verhindern oder auch nur Modifizierungen zu erreichen³. Die vom BdV mitangestrebten Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag und den Ostverträgen (1973 bzw. 1975) stellten zwar bemerkenswerte verbandspolitische Teilerfolge dar, allerdings vermochte dies nicht zu verhindern, dass die damals bekräftigten Rechtspositionen (Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, endgültige Regelung der Grenzfrage erst durch eine demokratisch legitimierte gesamtdeutsche Regierung) im Bewusstsein der Mehrheit der politischen Eliten der Bundesrepublik und einer breiten politisch-gesellschaftlichen Öffentlichkeit einer stetigen Erosion unterworfen waren.

Dennoch oder gerade deshalb versuchte der BdV immer wieder energisch, sich Gehör in der Grenzfrage zu verschaffen⁴. Dies umso mehr, als nach dem Regierungswechsel von 1982 wieder eine CDU-geführte Bundesregierung amtierte, von der der BdV eine aktive Unterstützung für seine heimatpolitischen Zielsetzungen erwartete. Dass derartige Hoffnungen trügerisch waren, weil Helmut Kohl in dieser Frage, ähnlich wie der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer, weniger sachorientiert als vielmehr parteitaktisch dachte⁵, wurde von den BdV-Politikern ganz offensichtlich nicht erkannt, möglicherweise wollte man es auch nicht wahrhaben⁶. Dies zeigten etwa die Auseinandersetzungen um das geplante

³ Vgl. Matthias Stickler, „*Unserer Heimat droht Gefahr!*“ – *Der Kampf des Bundes der Vertriebenen (BdV) gegen die Ostverträge*, „Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte“, 2010, 1, S. 18–33.

⁴ Vgl. hierzu Matthias Finster, „*50 Jahre Bund der Vertriebenen – das sind auch 50 Jahre deutsche Geschichte*“ – *die Arbeit des BdV nach 1982 im Spannungsfeld von Verbandslobbyismus und Geschichtspolitik*, [in:] *Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung. Neue Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration*, hrsg. von Matthias Stickler, Stuttgart 2014 (Historische Mitteilungen, 86), S. 133–154.

⁵ Vgl. hierzu Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998 (Geschichte der deutschen Einheit, 1), S. 249 f. und 261 f. Korte verweist darauf, dass es Kohl vor allem darum ging, der Union das heimatvertriebene Wählerklientel zu sichern.

⁶ Vgl. Beata Ociepka, *Związek Wypędzonych w systemie politycznym RFN i jego wpływ na stosunki polsko-niemieckie 1982–1992* [= *Der Bund der Vertriebenen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und sein Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen 1982–1992*], Wrocław 1997 [deutsche Zusammenfassung des Inhaltes auf den Seiten 318 bis 324]. Bemerkenswert ist der Befund von Ociepka, dass in den 1980er Jahren eine herausragende Tätigkeit für die Vertriebenenverbände innerhalb der CDU/CSU keineswegs mehr karrierefördernd war, es vielmehr

Motto des 21. Bundestreffens der Landsmannschaft Schlesien 1985 („Vierzig Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“)⁷. Die Führung der Landsmannschaft erlitt damals eine aufsehenerregende Niederlage und musste zudem feststellen, dass ihr Kurs auch in den eigenen Reihen auf Widerspruch stieß: So distanzierte sich der Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer MdB (CDU, geb. 1945), BdV-Vizepräsident und niedersächsischer Landesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien in Niedersachsen, von dem ursprünglichen Motto, von dem er nach eigenen Angaben erst aus der Zeitung erfahren hatte⁸. Auch der Bundesvorsitzende der Schlesischen Jugend und damalige Assistent von Sauer, Hartmut Koschyk (CSU, geb. 1959), übte Kritik am Bundesvorstand der Schlesier⁹.

Insofern setzte sich auch in der Ära Kohl, sieht man einmal von einigen Erfolgen auf dem Felde der symbolischen Politik sowie der Subventionierung durch den Bund ab, welcher nach dem Regierungswechsel von 1982 die einschlägigen Finanzmittel erheblich aufgestockt hatte, der Bedeutungsverlust der Vertriebenenverbände weiter fort. Diese Entwicklung führte allerdings nicht dazu, dass diese ihre Programmatik sukzessive den veränderten Verhältnissen angepasst bzw. revidiert hätten. Keine Rolle spielte für den BdV auch die ernsthaft nicht zu leugnende Tatsache, dass sich die Mehrheit der Westdeutschen mittlerweile mit dem

auffällt, dass Politiker mit Vertriebenenhintergrund dazu neigten, bei einem bundespolitischen Aufstieg entsprechende Verbandsämter aufzugeben.

⁷ Vgl. hierzu im Überblick: Ahonen, *After the Expulsion*, S. 258–260; Korte, *Deutschlandpolitik*, S. 250–264. Es ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich, einmal die Memoiren Helmut Kohls zu analysieren; vgl. Helmut Kohl, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005; *idem*, *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007. Die beiden damals führenden, aus Schlesien stammenden Vertriebenenpolitiker Herbert Czaja (1914–1997) und Herbert Hupka (1915–2006) werden darin mit keinem Wort erwähnt. Kohl geht zwar knapp auf das Schlesiertreffen 1985 ein, verbindet diese Ausführungen in bewährter Weise mit einer wohlwollenden Würdigung der Leistung der Vertriebenen beim Wiederaufbau Deutschlands und hebt hierbei vor allem die „Charta der Heimatvertriebenen“ aus dem Jahr 1950 hervor (vgl. Kohl, *Erinnerungen 1982–1990*, S. 367–374), mehr aber nicht. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als die regelmäßigen Kontakte zwischen den Vertriebenenverbänden und Kohl in den Jahren seiner Kanzlerschaft eigentlich anderes hätten erwarten lassen. Diese Zurückhaltung ex post ist vielsagender als jede ausdrückliche Distanzierung im Text.

⁸ Manfred Schell, *Schlesier-Motto auch intern umstritten*, „Die Welt“, 21 XII 1984, S. 1.

⁹ o. V., *Klagen über den mangelnden Einfluß auf die Wahl des Mottos. Vorwürfe des Vorsitzenden der Schlesischen Jugend an die Führung der Landsmannschaft*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 16 I 1985, S. 3. Vgl. hierzu auch Herbert Hupka, *Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen*, München 1994, S. 336–344; hier übt Hupka, der von 1968 bis 2000 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien und seit 1970 Vizepräsident des BdV war, scharfe Kritik an den „Abwechtlern“, denen er Profilierungsabsichten vorwirft (S. 338).

Verlust der Ostgebiete abgefunden hatte¹⁰. Entsprechend optimistisch bzw. angriffslustig agierte der BdV seit dem Herbst 1989¹¹.

2. Der BdV und die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie 1989/90

Der BdV wurde von Krise und Kollaps der DDR im Sommer und Herbst 1989¹² in ähnlicher Weise überrascht wie die gesamte bundesdeutsche Öffentlichkeit. Angesichts des dargelegten Selbstverständnisses des BdV und seiner Mitgliederverbände verwundert es nicht, dass sich dieser durch die deutschlandpolitische Entwicklung nicht nur in seiner Haltung, stets an der Offenheit der deutschen

¹⁰ Vgl. etwa die von EMNID für den „Spiegel“ durchgeführte Umfrage vom Februar 1985: „Auf die Frage, ob die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze anerkannt werden solle, antworteten 76% der Befragten mit Ja und 24% mit Nein, wobei die Zustimmung bei den Wählern der Grünen mit 94% am höchsten war, bei denen der Union mit 66% am niedrigsten“; vgl. „Der Spiegel“, 1985, 6, S. 93.

¹¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden auch Matthias Stickler: *Beharrung, Bedeutungsverlust und Neuorientierung – Die Rolle des Bundes der Vertriebenen im Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands*, „Jahrbuch für schlesische Kultur und Geschichte“, 53/54 (2012/13) [2015], S. 91–113; Finster: „50 Jahre Bund der Vertriebenen“.

¹² Vgl. hierzu und zum Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands im Überblick: Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006, S. 591–694; Michael Gehler, *Deutschland. Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft. 1945 bis heute*, Köln 2020, S. 275–340. Vgl. ferner ausführlich: *Wege zum „2+4“ Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit*, hrsg. von Elke Bruck, Peter M. Wagner, München 1996 (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, 6); Artur Hajnicz, *Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989–1992*, Paderborn 1995; Hanns Jürgen Küsters, *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg–Basel–Wien 2009; *20 Jahre Deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme*, hrsg. von Tilman Mayer, mit Grußworten von Angela Merkel und Thomas de Maizière, Berlin 2010 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 97); Alexander von Plato, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel*, Bonn 2003; Andreas Rödder, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009; Werner Weidenfeld, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, Stuttgart 1998 (Geschichte der deutschen Einheit, 4); Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte, *Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999*, Frankfurt am Main–New York 1999 (aktual. u. erw. Neuausgabe). Vgl. auch die Erinnerungen von Horst Teltschik: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991. Wichtige Quellen sind abgedruckt in: *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Daniel Hofmann, München 1998, sowie in: *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, bearb. von Hans Viktor Böttcher, Bonn 1991 (Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen); *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1991/92. Die deutschen Nachbarschaftsverträge*, bearb. von Hans Viktor Böttcher, Christoph Dahm, Bonn 1993 (Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen).

Frage festgehalten zu haben, bestätigt sah, sondern darüber hinaus erwartete, im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auch die Oder-Neiße-Linie revidieren zu können. Getreu der seit den 1950er Jahren verfolgten Verbandslinie wurde die Wiedervereinigung mit der DDR, „Mitteldeutschland“, wie man unverdrossen sagte¹³, als unvollständig angesehen und darauf beharrt, dass nun die Verwirklichung des „Rechts auf die Heimat“¹⁴ und damit die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete auf der Tagesordnung stehe und von der Bundesregierung entsprechende Initiativen ergriffen werden müssten. Der BdV begrüßte deshalb das „Zehn-Punkte-Programm“ Helmut Kohls vom 28. November 1989¹⁵, welches die Frage der deutschen Ostgrenze nicht erwähnte, d.h. – was in Polen heftige Befürchtungen weckte – keine Garantie der Oder-Neiße-Linie enthielt, als „Meisterleistung“¹⁶. Das anfängliche Zögern Kohls, in der Grenzfrage eindeutig Stellung zu beziehen, wozu er immer mehr auch von den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik gedrängt wurde, weckte beim BdV Hoffnungen, dass die Bundesregierung tatsächlich eine Grenzrevision anstrebe. Kohls Kalkül in dieser Frage war indes ein anderes: In Fortsetzung seiner vertriebenenpolitischen Linie seit 1982 kam es ihm zum einen darauf an, im Hinblick auf die 1990 anstehenden Bundestagswahlen das Wählerklientel aus den Vertriebenenverbänden nicht zu verlieren und den BdV schonend auf den endgültigen Verzicht auf die Ostgebiete vorzubereiten; zweitens sah er verhandlungstaktisch in den Ostgebieten eine deutsche Kompensationsmasse, die eingesetzt werden konnte im Tausch gegen einen endgültigen polnischen Verzicht auf Reparationen von Deutschland und eine einvernehmliche Regelung der Rechte der in Polen verbliebenen deutschen Minderheit¹⁷. Die scheinbare Chance auf eine Revision der Oder-Neiße-Linie hatte für

¹³ Vgl. hierzu Herbert Czaja, *Deutschland – Erbe und Auftrag*, [in:] *Beiträge zur deutschen Frage – historische und rechtliche Aspekte*, hrsg. von Dieter Blumenwitz, Gottfried Zieger, Bonn 1984, S. 89–94, hier S. 90.

¹⁴ Vgl. hierzu Stickler, „*Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch*“, S. 357–369, sowie *idem*, *Integration versus Rückkehr – Die Vertriebenenverbände und das „Recht auf die Heimat“* [22 XI 2017]: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Aufsaeetze/suchdienste-p1-stickler.html> (zuletzt aufgerufen am 12 VI 2021).

¹⁵ *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, S. 44–50.

¹⁶ „Deutscher Ostdienst“, 1989, 48, S. 1. Der Deutsche Ostdienst war und ist seit 1958 das zentrale Nachrichtenmagazin des BdV.

¹⁷ Zu den diplomatischen und innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Deutschland vgl. vor allem Weidenfeld, *Außenpolitik für die deutsche Einheit*, S. 479–509; Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, S. 235–244; Küsters, *Das*

den BdV noch eine zusätzliche emotionale Komponente¹⁸, als sich im Jahr 1990 der Jahrestag der Verabschiedung der Charta der Heimatvertriebenen¹⁹ zum vierzigsten Male jährte und aus Anlass dieses für den Verband erinnerungspolitisch wichtigen Jubiläums am 5. August 1990 eine repräsentative Gedenkfeier in der Frankfurter Paulskirche stattfinden sollte²⁰. Nach seinem eigenen Selbstverständnis war der BdV nun gleichsam in der Zielgeraden. Was die führenden Vertriebenenpolitiker, an der Spitze der aus Oberschlesien stammende, seit 1970 amtierende BdV-Präsident Herbert Czaja²¹, aber nach wie vor ausblendeten, war, dass in den vergangenen Jahrzehnten Fakten geschaffen worden waren, die nicht mehr revidierbar waren: „In sich schlüssig, fehlte dieser Position [des BdV] freilich der Sinn für die historisch-politischen Realitäten, dass jene 114.000 Quadratkilometer deutscher Ostgebiete seit viereinhalb Jahrzehnten polnisch (bzw. sowjetisch) besiedelt waren. Ihr fehlte das Gespür für die Bedeutung des der Vertreibung vorangegangenen deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges und für die internationale Wucht dieses Arguments, und schließlich ließ sie unberücksichtigt, dass ein »Revisionismus« der polnischen Westgrenze, wie Czaja ihn forderte, konsequenterweise auch Fragen der polnisch-sowjetischen Grenze aufgeworfen hätte. Die Revision von über vierzig Jahren europäischer Geschichte, wie sie im Falle der DDR vorgenommen wurde, mochte im Hinblick auf die Ostgebiete völkerrechtliche Legalität beanspruchen. Politisch aber lag sie, national und vor allem international, außerhalb jeder Diskussion.“²²

Ringens um die deutsche Einheit, S. 207–222. Zu Kohls Kalkül in Bezug auf die Oder-Neiße-Linie vgl. auch Kohl, *Erinnerungen 1990–1994*, S. 256 f.

¹⁸ Zum Thema, inwieweit „Emotionen“ historische Entwicklungen beeinflussen, vgl. im Überblick Jan Plamper: *Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte*, München 2012.

¹⁹ Vgl. hierzu: Matthias Stickler, „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“ – *Die Stuttgarter Charta vom 5./6. August 1950 als zeithistorisches Dokument*, [in:] „*Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung*“. 60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen, hrsg. von Jörg-Dieter Gauger, Hanns-Jürgen Küsters, Sankt Augustin 2011, S. 43–74; *idem*, *Charta der deutschen Heimatvertriebenen*, [in:] *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*, 2012: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54028.html (Stand: 2 VI 2015); *idem*, *70 Jahre Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Anmerkungen zu einem oft missverstandenen Dokument*, „Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik“, 27 (2020), S. 117–131.

²⁰ „Deutscher Ostdienst“, 1990, 1.

²¹ Zu Czaja vgl. vor allem dessen memoirenähnliches Alterswerk: Herbert Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik*, Frankfurt am Main 1996; vgl. ferner Matthias Stickler, *Die zwei Leben des Dr. Herbert Czaja (1914–1997) – Grundzüge eines Lebensbilds*, [in:] *Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung*, S. 45–63.

²² Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, S. 238.

Helmut Kohl vermied aus den genannten Gründen allerdings lange eine eindeutige Festlegung in der Grenzfrage. Die politischen Signale, die der BdV Ende 1989 aus Bonn erhielt, waren vielmehr sehr ambivalent und auslegungsfähig: So war in der „Entschließung des Bundestags zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“²³ vom 8. November 1989 recht unmissverständlich davon die Rede, dass „das Rad der Geschichte ... nicht zurückgedreht werde.“²⁴ Andererseits tauchte, wie erwähnt, im „Zehn-Punkte-Plan“ die Grenzfrage nicht auf. Seit Ende Februar 1990 waren dann allerdings zunehmend deutlichere Anzeichen zu beobachten, die geeignet waren, die hohen Erwartungen des BdV zu dämpfen bzw. deutlich machten, dass die Zeit gegen ihn arbeitete. Anfang März signalisierte Kohl erstmals demonstrativ seine Bereitschaft, die Oder-Neiße-Linie als endgültig anzuerkennen²⁵. Am 8. März 1990 nahm der Bundestag dann eine von der Regierungskoalition eingebrachte Resolution an, in der es hieß: „Das polnische Volk soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“²⁶ Auch wenn diese Entschließung erst nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Union und FDP zustande kam und Herbert Czaja zu der Erklärung im Bundestag zu Protokoll gab, dass parlamentarische Entschließungen über das Nachkriegsgebiet und die Nachkriegsgrenzen nicht entscheiden könnten²⁷, so war damit doch die Marschrichtung vorgegeben. Der BdV erkannte diese Gefahr natürlich und versuchte, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Im Deutschen Ostdienst wurde die Resolution in Anlehnung an die Argumentation von Czaja denn auch als „eine politische Willensbekundung“, die „... keine Verträge (ersetzt)“ bezeichnet²⁸. Wie ernst die Lage war, zeigte sich vor allem daran, dass selbst die CSU, die bislang beharrlich die Positionen des BdV vertreten hatte, in ihren Erklärungen von diesem abzurücken begann²⁹. Um sich nicht in die Defensive drängen zu lassen, schlug der im Zusammenhang mit dem Motto des Schlesiertreffens von 1985 bereits erwähnte

²³ *Umbruch in Europa. Die Ereignisse im 2. Halbjahr 1989. Eine Dokumentation*, Bonn 1990 (Auswärtiges Amt), S. 75f.

²⁴ *Ibidem*, S. 76.

²⁵ Vgl. „Kohl für eine Erklärung des Bundestages und der Volkskammer zur polnischen Westgrenze“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 1 III 1990, S. 1f.

²⁶ *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, S. 56 f., hier S. 57.

²⁷ Vgl. *Ibidem*, S. 57 f. hier S. 58.

²⁸ „Deutscher Ostdienst“, 1990, 10, S. 1.

²⁹ „Deutscher Ostdienst“, 1990, 11, S. 3f.

CSU-Politiker Hartmut Koschyk, der seit 1987 Generalsekretär des BdV war, eine Abstimmung unter den von der Grenzfrage betroffenen Menschen vor³⁰. Um dies zu erreichen, wurde eine Unterschriftenaktion gestartet. Die Abstimmungsfrage lautete, ob die Gebiete östlich von Oder und Neiße „zu Deutschland, zu Polen beziehungsweise zur Sowjetunion oder zu einem europäischen Territorium gehören sollen.“³¹ Innerhalb von kürzester Zeit wurden 40.000 dieser Unterschriftenlisten verschickt, auf denen sich theoretisch 1,2 Millionen Personen hätten eintragen können³². Zusammen kamen innerhalb von eineinhalb Jahren immerhin 208.989 Unterschriften³³, die 1991 dem damaligen Bundesinnenminister Rudolf Seiters übergeben wurden. Wesentlichen Einfluss auf die politischen Entscheidungen in der Grenzfrage hatte diese Aktion nicht. Sie war zudem letztlich ein Misserfolg, weil, gemessen an den hohen Erwartungen und des damals vom BdV immer noch vertretenen Anspruchs, alle Vertriebenen und ihre Nachkommen zu repräsentieren und über mehr als 2 Millionen Mitglieder zu verfügen, die Beteiligung an der Abstimmung objektiv zu gering war. Offenbar war ausgerechnet die für das Selbstverständnis des BdV nach wie vor zentrale Grenzfrage nicht geeignet, die eigene Klientel zu mobilisieren, eine breitere deutsche oder internationale Öffentlichkeit wurde erst recht nicht erreicht³⁴. Bemerkenswert ist immerhin, dass Herbert Czajka schon Ende der 1960er Jahre vertretenes Konzept einer Europäisierung der Oder-Neiße-Gebiete³⁵ 1990 nochmals, wenn auch vergeblich, aufgegriffen wurde³⁶.

Im Hinblick auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze ging nun alles sehr schnell, ohne dass der BdV dagegen etwas tun konnte: Am 21. Juni 1990 verabschiedeten Bundestag und Volkskammer gleichlautende Entschlüsse zur Bestätigung der polnischen Westgrenze³⁷, die in gewisser Weise eine Vorleistung im Hinblick auf die Wiedervereinigung darstellten. Im Bundestag gab es, nachdem Helmut Kohl in der Unionsfraktion eindringlich um

³⁰ „Deutscher Ostdienst“, 1990, 10, S. 3.

³¹ *Ibidem*.

³² „Deutscher Ostdienst“, 1990, 15, S. 12.

³³ „Deutscher Ostdienst“, 1991, 36, S. 2.

³⁴ Vgl. Markus Mildenerger, *Brücke oder Barriere? Die Rolle der Vertriebenen in den deutsch-polnischen Beziehungen*, „Deutschland Archiv“, 33 (2000), 3, S. 416–424, hier S. 418.

³⁵ Vgl. Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 396 f.; *idem*, „... bis an die Memel“, S. 122–126.

³⁶ „Deutscher Ostdienst“, 1990, 18, S. 1.

³⁷ *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, S. 75 f.

Zustimmung geworben hatte³⁸, bei 504 abgegebenen Stimmen lediglich drei Enthaltungen und 15 Gegenstimmen aus dem Kreis der heimatvertriebenen Unionsabgeordneten, darunter Herbert Czaja, welcher seine Haltung auch vor dem Plenum ausführlich begründete³⁹. Wenige Tage vorher war Czaja von Kohl zu einem persönlichen Gespräch empfangen worden, in welchem der Bundeskanzler um Verständnis für sein Vorgehen warb und sich über die Haltung der Abweichler informierte. Czaja sagte zu, sich bei der Bundestagsdebatte „maßvoll und vorwärtsgerichtet“⁴⁰ zu verhalten, eine Zusage, die er in seiner Rede, die im Anschluss an seine bereits erwähnten entsprechenden Überlegungen aus den späten 1960er Jahren, auch und vor allem die Notwendigkeit einer europäischen Lösung in der Grenzfrage betonte, einlöste⁴¹.

Am 5. August 1990 stellte sich Helmut Kohl dann auf der Gedenkfeier zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der „Charta der Heimatvertriebenen“ der Kritik der Vertriebenen, begründete seine Haltung und stellte unmissverständlich fest, dass „die Grenze Polens, wie sie heute verläuft, ... endgültig (ist). Sie wird durch Gebietsansprüche von uns Deutschen weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt.“⁴² Viele Teilnehmer quittierten diese Ausführungen mit deutlichen Missfallenskundgebungen⁴³. Kohl sicherte allerdings zu, dass die Bundesregierung bei den anstehenden Verhandlungen mit Polen die Verbürgung der Rechte der deutschen Minderheiten einfordern werde⁴⁴. Nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 erfolgte am 14. November 1990 dann die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch den bereits erwähnten deutsch-polnischen

³⁸ Vgl. Teltschik, *329 Tage*, S. 270–272.

³⁹ *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, S. 76–80.

⁴⁰ Teltschik, *329 Tage*, S. 272.

⁴¹ Für Czaja war die Entscheidung Kohls, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, eine schwere Enttäuschung, für die er aber bezeichnenderweise die Vertrauten Kohls und Außenminister Hans-Dietrich Genscher verantwortlich machte; vgl. Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland*, S. 793–811. Dass Kohl in der Grenzfrage keineswegs leichtfertig, wohl aber pragmatisch handelte und selbst davon überzeugt war, dass es keine Revisionsmöglichkeiten mehr gab, wollte Czaja offenbar nicht sehen.

⁴² „Bulletin“: Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, 99 vom 17 VIII 1990, S. 841–846, hier S. 843. Vgl. auch die Dokumentation wesentlicher Teile der Reden von Herbert Czaja und Helmut Kohl bei dieser Veranstaltung in: *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, S. 367–377.

⁴³ Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland*, S. 806; *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, S. 371–377, vor allem S. 373 und 375.

⁴⁴ „Deutscher Ostdienst“, 1990, 32, S. 1.

Grenzbestätigungsvertrag⁴⁵. Die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch das vereinigte Deutschland in den Jahren 1990 und 1991 stellte für den BdV eine tiefempfundene, schwere Niederlage dar⁴⁶. Czaja selbst äußerte über den deutsch-polnischen Vertrag mit sichtlicher Verbitterung, dass „der eine mehr oder weniger 100% seiner Maximalforderung erhält, der andere, das möchte ich auf die Deutschen beziehen, etwa 0%.“⁴⁷

3. Der BdV und der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag

Der Grenzbestätigungsvertrag hatte zwar die Frage der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Deutschland im Sinne Polens geregelt. Es waren allerdings verschiedene Themen der deutsch-polnischen Beziehungen offengeblieben, aus Sicht des BdV fehlte insbesondere eine völkerrechtlich verbindliche Regelung der Rechtsstellung der deutschen Minderheit in Polen. Zwar war bereits am 14. November 1989 in einer „Gemeinsamen Erklärung“ zwischen Polens Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl⁴⁸ von Warschau die Existenz der bisher zumeist tabuisierten deutschen Minderheit in Polen anerkannt worden⁴⁹, doch ersetzte dies nicht eine vertragliche Vereinbarung mit dem wiedervereinigten Deutschland. Im am 17. Juni 1991 unterzeichneten deutsch-polnischen

⁴⁵ *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, S. 286–293.

⁴⁶ „Deutscher Ostdienst“, 1992, 1, S. 1.

⁴⁷ Herbert Czaja, Überlegungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen heute und morgen, [in:] *Die deutsch-polnischen Beziehungen heute und morgen. Ergebnisse eines Informationsaustausches zwischen polnischen Journalisten und deutschen Vertriebenen. Niemiecko-polskie stosunki dziś i jutro*, hrsg. von Markus Leuschner, Bonn 1993, S. 18–27, hier S. 23.

⁴⁸ Vgl. Dieter Korgler, *Die Polenpolitik der deutschen Bundesregierung von 1982–1991*, Bonn 1993 (Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung, 15), S. 71f.

⁴⁹ Vgl. Peter Mohlek, *Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag und die deutsche Minderheit*, [in:] *Anerkannt als Minderheit. Vergangenheit und Zukunft der Deutschen in Polen*, hrsg. von Hans van der Meulen, Baden-Baden 1994, S. 99–112, hier S. 102. Der Text der Gemeinsamen Erklärung findet sich hier: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/offizieller-besuch-des-bundeskanzlers-in-der-volksrepublik-polen-vom-9-bis-14-november-1989-782742> (zuletzt aufgerufen am 12. VI 2021). Darin heißt es in Abschnitt V, Absatz 45: „Beide Seiten ermöglichen es Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher bzw. polnischer Abstammung sind oder die sich zur Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität zu wahren und zu entfalten.“ Hier wird interessanterweise der gewissermaßen „klassische“ Minderheitenbegriff nicht ausdrücklich verwendet, die gleichwohl dahinterstehende Vorstellung von nationalen Minderheiten aber unterschiedslos auf Deutschland und Polen angewandt. Die Bundesrepublik kam hier polnischen Empfindlichkeiten entgegen.

Nachbarschaftsvertrag⁵⁰ wurde dieses Ziel erreicht und in Artikel 20 die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen von der Warschauer Regierung völkerrechtlich anerkannt und deren Schutz garantiert⁵¹. Dazu hieß in Artikel 2: „Sie [die Vertragspartner] betrachten Minderheiten und gleichgestellte Gruppen als natürliche Brücken zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk und sind zuversichtlich, dass diese Minderheiten und Gruppen einen wertvollen Beitrag zum Leben ihrer Gesellschaften leisten.“ Artikel 20 Absatz 1 regelte darüber hinaus: „Die Angehörigen der deutschen Minderheit in der Republik Polen, das heißt Personen polnischer Staatsangehörigkeit, die deutscher Abstammung sind oder die sich zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, sowie Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, haben das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden. Sie haben das Recht, ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz voll und wirksam auszuüben.“⁵² In den Absätzen 2 und 3 sowie in den Artikeln 21 und 22 wurden die Minderheitenrechte noch weiter konkretisiert und in die einschlägigen völkerrechtlichen Kontexte eingebunden. Nochmals bestätigt wurde in Artikel 2 auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie: „Sie [die Vertragspartner] achten gegenseitig ihre souveräne Gleichheit, ihre territoriale Integrität, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen, ihre politische Unabhängigkeit sowie den Grundsatz des

⁵⁰ *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, S. 293–306.

⁵¹ Vgl. dazu im Detail Ekkehard Strauß, *Der Minderheitenschutz in den Nachbarschaftsverträgen und die deutschen Minderheiten*, [in:] *Rechtsanspruch und Rechtswirklichkeit des europäischen Minderheitenschutzes*, hrsg. von Dieter Blumenwitz, Gilbert H. Gornig, Dietrich Murswiek, Köln 1998 (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, 17), S. 39–46.

⁵² In diesem Artikel fällt auf, dass, anders als noch in der Erklärung vom 14. November 1989, hinsichtlich der „Personen polnischer Staatsangehörigkeit, die deutscher Abstammung sind oder die sich zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition“ ausdrücklich von einer Minderheit die Rede ist, während die Bezeichnung Minderheit bei „Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen“ fehlt. Dieser kleine semantische Unterschied macht deutlich, dass es der Bundesrepublik gelungen war, den autochthonen Charakter der deutschen Minderheit in Polen indirekt festzuschreiben, ein Verhandlungserfolg, der in der Bundesrepublik, insbesondere auch beim BdV, zu wenig wahrgenommen bzw. gewürdigt wurde.

Verbots der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt.“ Der BdV bzw. dessen Präsidium war auch mit diesem Vertrag unzufrieden. Herbert Czaja äußerte sich rückblickend sehr negativ über die einschlägigen Bestimmungen, die Rechte der deutschen Minderheit bzw. die Interessen der Klientel des BdV betrafen⁵³. „Sogar ohne sie anzuhören, hat man 1 Million deutscher Staatsangehöriger fremder Herrschaft vorerst überlassen. *Nicht einmal die Staatsangehörigkeitsfrage und Kollisionsregelungen zur Wahrung der Schutzpflicht wurden geklärt.* Trotz der geforderten Preisgabe von 104.000 Quadratkilometer Deutschlands weigerte sich Polen, angemessene und wirksame Gegenleistungen für die Menschen zu geben und die Bundesregierung setzte wenig durch.“⁵⁴ Verantwortlich dafür machte Czaja interessanterweise nicht Helmut Kohl sondern letztlich Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher: „Die unzureichende Lage der deutschen Volksgruppe [in Polen] ist auf eine völlig unzureichendes Verhalten der »Kaderschmiede« des Genscherismus zurückzuführen. Man wagte lange Zeit, weder an Polen klare Forderungen zur Vertragsdurchführung zu stellen, noch für viele deutsche Leistungen Gegenleistungen zu Gunsten Deutscher zu fordern. Ängstlich stellte man darauf ab, Polen in keiner Weise zu verärgern. Von einer angemessenen Vertretung berechtigter deutscher Interessen ist nicht die Rede.“⁵⁵ Diese von Verbitterung zeugende Abrechnung mit dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag zeigt die ganze Tragik eines Mannes, der offensichtlich den Eindruck hatte, mit dem Rücken zur Wand zu stehen.

Allerdings blieben in der Tat im deutsch-polnischen Verhältnis Fragen offen, wofür es jedoch gute Gründe gab: Völlig ausgeklammert wurde in den Verträgen insbesondere die Vermögensfrage⁵⁶, hätte dies doch bedeutet, dass die sehr reale Gefahr bestanden hätte, dass darüber zwischenstaatlich die Reparationsfrage und bundesdeutsch-innerstaatlich die Frage einer möglicherweise über den Lastenausgleich hinausgehenden endgültigen Entschädigung der Vertriebenen durch den Bund wieder auf die Tagesordnung gekommen wäre.

Die Durchsetzung seiner in der Sache unnachgiebigen Linie in der Frage der deutsch-polnischen Verträge, die vor allem Herbert Czaja betrieb⁵⁷, führte im BdV

⁵³ Vgl. Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland*, S. 764–775.

⁵⁴ *Ibidem*, S. 765. Hervorhebung von Herbert Czaja.

⁵⁵ *Ibidem*, S. 775.

⁵⁶ Vgl. dazu Dieter Blumenwitz, *Das Offenhalten der Vermögensfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen*, Bonn 1992 (Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, 13).

⁵⁷ Auch der langjährige Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien Herbert Hupka unterstützte den ablehnenden Kurs hinsichtlich der deutsch-polnischen Verträge; vgl. Herbert Hupka,

innerverbandlich zu erheblichen Differenzen, die deutlich machen, dass dort der Kurs des Präsidenten keineswegs einhellig gebilligt wurde. Am 30. Juni 1991 hatte der BdV auf seiner Bundesversammlung eine Erklärung verabschiedet, in der es wörtlich hieß: „Solche Verträge können wir nicht mittragen. Unser Ringen um bessere Verträge geht weiter.“⁵⁸ Das war eine unverhohlene Kampfansage an die Politik der Bundesregierung. BdV-Generalsekretär Hartmut Koschyk, der bis zum Frühjahr 1991 die Linie des BdV bzw. von Herbert Czaja noch voll mitgetragen hatte, kritisierte nun diese starre Haltung und plädierte dafür, die neuen Verhältnisse zu respektieren⁵⁹. Für Czaja bedeutete das Verhalten Koschyks, in dem er ursprünglich seinen potentiellen Nachfolger gesehen hatte⁶⁰, wie er selbst retrospektiv äußerte, „eine sehr tiefe menschliche Erschütterung“⁶¹, letztlich sah er darin einen Verrat an den Prinzipien des BdV. Die Gründe Koschyks für seinen Meinungswandel sind leicht zu benennen: Der bereits Mitte der 1980er Jahre aufgebrochene Generationenkonflikt setzte sich unvermindert fort⁶². Koschyk wollte den BdV durch eine neue Programmatik in die Zukunft führen; er argumentierte, dass eine starre Verweigerungshaltung politisches Handeln nicht ersetzen könne⁶³. Ein weiterer Grund war Koschyks Selbstverständnis als Bundestagsabgeordneter. Er äußerte, er könne eine „Weisungsbindung an den BdV-Präsidenten mit seiner neuen Aufgabe als Volksvertreter nicht (vereinbaren).“⁶⁴ Darüber hinaus dürfte eine Rolle gespielt haben, dass Koschyk seine beginnende politische Karriere in Bonn bzw. Berlin nicht mit dem Verdacht, ein Gegner der deutsch-polnischen Versöhnung zu sein, belastet sehen wollte. Schließlich trat Koschyk im Juni 1991 vom Amt des Generalsekretärs des BdV zurück⁶⁵. Allerdings bekleidete er noch bis 2002 das Amt des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Vertriebene und Flüchtlinge der CDU/

Alle Rechtspositionen plötzlich nur noch Makulatur? („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 22 XI 1990), [in:] *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1991/92*, S. 250. Vgl. auch *idem*: *Unruhiges Gewissen*, S. 443–453. Allerdings urteilte Hupka rückblickend abgeklärter über die damaligen Konflikte.

⁵⁸ „Deutscher Ostdienst“, 1991, 27, S. 1.

⁵⁹ Thomas Urban, *Es gibt noch viel zu regeln. Im deutsch-polnischen Abkommen sind wichtige Fragen ungelöst geblieben*, „Süddeutsche Zeitung“, 18 X 1991, S. 3.

⁶⁰ „Der Spiegel“, 1991, 28, S. 27.

⁶¹ Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland*, S. 801.

⁶² *Politische Differenzen*, „Süddeutsche Zeitung“, 1 VII 1991, S. 4.

⁶³ Vgl. Hartmut Koschyk: *BdV – Bund der Versöhnung?*, [in:] *Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft*, hrsg. von Friedbert Pflüger, Winfried Lipscher, Bonn 1993, S. 419–426, hier S. 425.

⁶⁴ „Der Spiegel“, 1991, 28, S. 27.

⁶⁵ *Ibidem*.

CSU-Bundestagsfraktion, das er seit 1990 innehatte. Wie unvereinbar Czajas und Koschyks Haltung in der Frage der Frage der Verträge mit Polen war, zeigen zwei interessante Quellenbelege: Czaja schrieb am 18. Oktober 1991 im Deutschen Ostdienst: „Sich auf Nachgiebigkeit und Resignation wegen der Forderung breiter politischer Mehrheiten zurückzuziehen, ist nicht angebracht, man muss sich argumentativ in einen sachlichen Streit einlassen. Ich war in solchen Situationen bemüht, nicht die Partei- und Fraktionszugehörigkeit zu verleugnen, sondern durch Gegenargumente und Minderheitenvoten auf mittlere Frist gegen das Abbröckeln und den Vertrauensschwund mehr zu helfen, als durch Schweigen oder betonte Anpassung. Dabei muss man freilich oft üblen Pressionen standhalten und auf eigene Karriere oft verzichten. ... Arbeit gibt es genug. Wenn wir zupacken, gibt es keine Talsohle. Die Geschichte geht unerbittlich weiter. Wir sollten versuchen, Volk, Staat und Nachbarn, von zu großen Fehlern abzuhalten. ... Vielleicht wird man uns bald mehr brauchen, als es heute den Anschein hat. Der Ratifizierungsschock ist überwindbar. Wird eine Wende in der Ostpolitik kommen?“⁶⁶ Koschyk führte dagegen am 25. März 1992 in einer Rede in Warschau anlässlich der „Deutsch-Polnischen Fachtagung“ des Instituts für Auswärtige Beziehungen der Hanns-Seidel-Stiftung aus, der Grenzbestätigungsvertrag sei für viele Deutsche, vor allem für viele Heimatvertriebene, mit schmerzlichen Gefühlen verbunden. Diese Gefühle verdienten es nicht, als revanchistisch verurteilt zu werden. Der Nachbarschaftsvertrag sei ein entscheidender Schritt hin zu einer Neugestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses. „Dieser Vertrag, der in unseren beiden Ländern ebenfalls vielfach Emotionen geweckt hat, ist nicht Endpunkt, sondern Anfang einer Entwicklung. Er ist nicht der enge begrenzende Rahmen eines Bildes der deutsch-polnischen Nachbarschaft, sondern er ist das Handwerkszeug für die Maler dieses Bildes, an denen es jetzt liegen wird, die Farben richtig zu mischen und die Pinselstriche richtig zu setzen. ... Einer der wichtigsten Punkte, in dem der Vertrag für unsere Beziehungen wichtige Regelungen trifft, ist der der Behandlung der deutschen Minderheit, für die erstmals seit 1945 umfassende, dem internationalen Standard entsprechende Rechte in einem verbindlichen bilateralen Vertrag festgeschrieben wurden. Die Deutschen in der Republik Polen können zu besonderen Botschaftern der Verständigung und des Kennenlernens werden, gewissermaßen eine »Brücke der Verständigung«“⁶⁷.

⁶⁶ *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1991/92*, S. 251–253, hier S. 251 f. und 252 f.

⁶⁷ *Ibidem*, S. 253 f.

Das Czajas Kurs den BdV endgültig ins Abseits geführt hatte, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der Versuch, wie in den frühen 1970er Jahren, vom Bundesverfassungsgericht den eigenen Rechtsstandpunkt bestätigt zu erhalten, vollständig scheiterte. Dieses nahm die entsprechende Verfassungsbeschwerde nicht einmal zur Entscheidung an⁶⁸.

Herbert Czaja kandidierte 1994 nach 24 Jahren im Amt und inzwischen achtzigjährig nicht mehr für den BdV-Vorsitz und machte dem bereits 61-jährigen sudetendeutschen CSU-Bundestagsabgeordneten Fritz Wittmann (1933–2018) Platz. Dieser war offenkundig ein Übergangskandidat, der bereits 1998 durch die damals 55-jährige, der Landsmannschaft Westpreußen angehörende Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach (CDU) ersetzt wurde⁶⁹.

Damit war ein gewisser Generationswechsel zwar eingeleitet, es blieb aber die Frage nach der weiteren Existenzberechtigung des BdV. Erfolge konnten der BdV und seine Mitgliedsverbände nach 1990 vor allem beim Aufbau von Verbandsstrukturen in den neuen Ländern und, damit eng verbunden, der Entschädigungsfrage für Vertriebene dort, die ja, anders als die Vertriebenen in Westdeutschland, keine Lastenausgleichsmittel erhalten hatten, verbuchen. Außerdem setzte sich der BdV erfolgreich ein für die Ausdehnung der ostdeutschen Kulturförderung⁷⁰ auf die neuen Bundesländer und übernahm mit seinen Mitgliedverbänden vielfältige Aufgaben bei der Integration der Spätaussiedler. Diese partielle Verlagerung der Verbandstätigkeit des BdV, die von der Regierung Kohl, trotz aller Verwerfungen in den Jahren 1990 und 1991, gefördert wurde, war geeignet, dem BdV

⁶⁸ „Deutscher Ostdienst“, 1993, 42, Sonderdruck.

⁶⁹ Vgl. hierzu und zum Folgenden ausführlich Stickler, *Beharrung, Bedeutungsverlust und Neuorientierung*. Erika Steinbach wurde am 25. Juli 1943 als Tochter eines aus Hanau (Hessen) stammenden deutschen Besatzungssoldaten und einer in Bremen geborenen und in Berlin aufgewachsenen Luftwaffenhelferin in Rumia / Rahmel geboren. Dieser Ort gehörte damals zum „Reichsgau Danzig-Westpreußen“, der im Oktober 1939 überwiegend aus vom Deutschen Reich annektiertem polnischen Staatsgebiet gebildet worden war. Ihre vertriebenenpolitische Karriere begann Erika Steinbach bei der 1949 gegründeten kleinen Landsmannschaft Westpreußen (heute „Westpreussische Gesellschaft – Landsmannschaft Westpreußen e. V.“; vgl. <https://westpreussische-gesellschaft.de/>, 03 XI 2021), in der sich deutsche Vertriebenen organisierten, die aus der früheren preußischen Provinz Westpreußen stammten. Die deutschen Vertriebenen aus Danzig hatten bereits 1946 eine eigene Landsmannschaft, den Bund der Danziger e.V. (BdDA; vgl. <http://www.danziger.info/>, 03 XI 2021) gegründet. Zu Erika Steinbachs Geburt vgl. ihre autobiographische Schrift: *Die Macht der Erinnerung*, Wien 2010 (2. Aufl. 2011), hier v.a. S. 29–43, wo sie Erinnerungen ihrer Mutter an ihre früheste Kindheit referiert.

⁷⁰ Ostdeutsche Kulturförderung meint hierbei (im „alten“ Sinne des Wortes „ostdeutsch“) Kulturförderung in Bezug auf Geschichte und Kultur der früheren deutschen Ostgebiete.

nach der endgültigen Lösung der Grenzfrage in gewissem Umfang ein neues identitätsstiftendes Betätigungsfeld zu eröffnen. Andererseits tangierten nach 1990 Gesetzgebungsvorhaben, die zusammenhingen mit dem endgültigen Ende der Nachkriegszeit und der völkerrechtlichen Regelung der Grenzfrage, das Selbstverständnis der Vertriebenenverbände, wie sich dieses nach 1949 entwickelt hatte. So passte die Bundesregierung mit dem „Kriegsfolgenbereinigungsgesetz“ vom 21. Dezember 1992 das Bundesvertriebenengesetz der neuen politischen Situation an⁷¹. Eine der wichtigsten Folgen dieses Gesetzes war die Abschaffung des Vertriebenenausweises und damit des quasi erblichen Vertriebenenstatus, der 1953 eingeführt worden war, um eine „biologische Lösung“ der Grenzfrage zu verhindern.

4. Fazit und Ausblick

Die scheinbare Aufwertung des BdV seit dem Regierungswechsel von 1982 hatte den führenden BdV-Politikern und dem harten Kern ihrer Klientel einen gesellschaftlichen und politischen Bedeutungsgewinn suggeriert, der, wie im Rückblick deutlich wird, in keiner Weise der Realität entsprach. Überdeutlich wurde dies in den Jahren 1990 bis 1991, als trotz heftiger Gegenwehr des BdV, die Oder-Neiße-Linie durch das vereinigte Deutschland anerkannt wurde und mit dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag das deutsch-polnische Verhältnis auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass es dem BdV nun, anders als noch in den frühen 1970er Jahren, nicht mehr gelang, seine Klientel zu machtvollen Protesten zu motivieren, obgleich es sich bei den umstrittenen Vertragsinhalten um Kernfragen der Verbandspolitik handelte. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Regierung Kohl ab 1990 in ihrer Deutschland- und Ostpolitik keine wirkliche Rücksicht mehr auf den langjährigen Verbündeten BdV nahm. Generell wird man sagen können, dass die Regierung Kohl nach 1990 einen endgültigen Schlussstrich unter die Grenzfrage und die damit zusammenhängenden Rechtsfragen setzen wollte. Darauf verweisen auch die erwähnten Änderungen in der einschlägigen, die Vertriebenen betreffenden Bundesgesetzgebung ab 1991. Der

⁷¹ Vgl. hierzu Heinz Berresheim, *Das Bundesvertriebenengesetz. Zielsetzung, Inhalt und Ergebnis nach 40 Jahren*, [in:] *Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945–1995*, hrsg. von Wilfried Schlau, München 1996 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, 12), S. 131–152; vgl. dazu auch Brigitta Gaa-Unterpaul, *Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz und die Änderung für das Vertriebenerecht*, „Neue Juristische Wochenzeitschrift“, 46 (1999), 33, S. 2080–2082.

politische Einfluss des BdV in diesen wichtigen Jahren war somit wesentlich geringer, als dies zeitgenössisch wahrgenommen wurde. Wie Timothy Garton Ash zu Recht festgestellt hat, waren die Vertriebenen innerhalb der CDU keine „Macht“ mehr⁷², sie stellten „nur noch“ eine Klientel dar, die als grundsätzlich wichtiges Wählerpotential angesehen wurde – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Die Einflussmöglichkeiten schwanden in den kommenden Jahren sogar noch weiter, 1992 waren nur noch zwei BdV-Vorstandmitglieder im Bundestag vertreten⁷³.

Die unnachgiebige Haltung des BdV in Bezug auf die deutsch-polnischen Verträge erwies sich als langfristige Hypothek für den Verband, entstand doch der Eindruck, dass der BdV grundsätzlich nicht versöhnungsbereit sei. Der Versuch des damals knapp über dreißigjährigen CSU-Politikers Hartmut Koschyk, eines Vertriebenen der „Bekennnisgeneration“, dessen Eltern aus Oberschlesien stammten, der aber im fränkischen Forchheim geboren worden war, einen programmatischen Neustart im BdV herbeizuführen, hätte ein Befreiungsschlag sein können, doch scheiterte er an der Beharrungskraft der alten Männer in der Verbandsspitze, insbesondere an Herbert Czaja. Auf diesen traf in der damaligen Situation in besonderer Weise zu, was Hans Josef Brües über die organisierten Vertriebenen insgesamt festgestellt hat⁷⁴, dass sie letztlich alles Politische in den Spannungsbogen von Heimatverlust und Wiedergewinnung der Heimat einordneten. Entsprechend selektiv war Czajas Blick angesichts der konkreten Herausforderungen im Kontext der Wiedervereinigung: Je mehr Widerspruch er wahrnahm, desto mehr neigte er zur Beharrung auf Rechtspositionen, wie er sie verstand, was ihn im tagespolitischen Geschäft immer mehr isolierte. Czaja, aber auch die anderen Vertriebenenpolitiker in seinem Umfeld, die diesen Kurs mittrugen, waren augenscheinlich nicht in der Lage einzusehen, dass die deutsch-polnischen Verträge angesichts der Dimensionen der Lasten der Vergangenheit unter dem Strich einen vernünftigen Kompromiss darstellten.

⁷² Vgl. Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München–Wien 1993 (engl. OA 1993), S. 50.

⁷³ Vgl. Ociepka, *Związek Wypędzonych*, S. 321; vgl. die Auflistung von Heimatvertriebenen in Bundestag und Bundesregierung bis 1998 bei Helmut Neubach: *Heimatvertriebene in den politischen Parteien*, [in:] *Die Bundesrepublik und die Vertriebenen. Fünfzig Jahre Eingliederung, Aufbau und Verständigung mit den Staaten des östlichen Europas*, bearb. von Christof Dahm, Hans-Jakob Tebarth, Bonn 2000, S. 37–65.

⁷⁴ Vgl. Hans Josef Brües, *Artikulation und Repräsentation politischer Verbandsinteressen, dargestellt am Beispiel der Vertriebenenorganisationen*, Diss., Köln 1972, S. 49 ff.

Die Folgen dieser Erstarrung waren für den BdV langfristig problematisch: Die Mitgliederzahlen stagnierten mittelfristig trotz der Bildung von Landesverbänden und Landsmannschaften in den neuen Ländern bzw. sanken sogar weiter; die erhoffte Initialzündung konnte durch die Wiedervereinigung nicht erreicht werden. Letztlich stand der BdV Mitte der 1990er Jahre vor einer ähnlichen Herausforderung wie Ende der 1950er Jahre, als die Lastenausgleichsmaßnahmen zu greifen begonnen hatten: Nach der endgültigen Regelung der Grenzfrage bedurfte es eines neuen Themas, das geeignet war, die Existenz des Verbands vor seinen Mitgliedern, aber auch innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft zu rechtfertigen. Der BdV hatte sich ganz offensichtlich in seiner Programmatik von dem, was die Mehrheit der Menschen, darunter auch die große Masse der Vertriebenen und deren Nachkommen im wiedervereinigten Deutschland, berührte, entfernt.

Die verstärkte Hinwendung des BdV zu Fragen der Erinnerungskultur seit den späten 1990er Jahren muss man wohl als Versuch sehen, nach der endgültigen Regelung der Grenzfrage und der Sicherung der Existenz der deutschen Minderheit in Polen durch die Vereinbarungen im Nachbarschaftsvertrag den Vertriebenenverbänden ein neues Betätigungsfeld zu erschließen, das geeignet war, ihnen neue Kohäsionskräfte zu liefern⁷⁵. Voraussetzung hierfür war der endgültige Abschied des BdV von dem bis Anfang der 1990er Jahre vertretenen Verbandsziel einer Revision der „Potsdamer Grenzen“ Deutschlands. Diese alte Forderung spielt heute in der Verbandspolitik des BdV und seiner Mitgliederverbände keine Rolle mehr. Die Konflikte der frühen 1990er Jahre sind, wohl auch als Folge des endgültig vollzogenen Generationswechsels, Geschichte geworden. Dass auch Vertreter der älteren Generation sich dem Wandel letztlich nicht verschlossen, sieht man etwa am Beispiel Herbert Hupkas, der sogar Ehrenbürger seiner Vaterstadt Ratibor wurde und dort 2005 seinen 90. Geburtstag feierte⁷⁶. Herbert Czaja starb bereits 1997; ob er, hätte er noch länger gelebt, ebenfalls die konstruktiven Folgen der deutsch-polnischen Verträge anerkannt hätte, muss offenbleiben. Man wird

⁷⁵ Dieses Thema weiter auszuführen, würde den Rahmen diesen Beitrag sprengen. Vgl. hierzu im Überblick Finster: „50 Jahre Bund der Vertriebenen...“, und Vincent Regente, *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung*, [in:] *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*, 2017: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32668> (Stand:15 III 2018), sowie ausführlich und vergleichend *idem*, *Flucht und Vertreibung in europäischen Museen. Deutsche, polnische und tschechische Perspektiven im Vergleich*, Bielefeld 2020.

⁷⁶ Hupka machte, bei aller Kritik in Einzelheiten nach 1991 seinen Frieden mit der territorialen Situation, wie sie nun einmal war. Vgl. hierzu auch sein letztes Buch: Herbert Hupka, *Schlesien lebt. Offene Fragen – kritische Antworten*, München 2006.

aber in jedem Fall feststellen dürfen, dass das bis heute verbreitete Bild von seiner Person als eines beinharten „Revanchisten“ falsch ist⁷⁷. Die innere Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze und der daraus resultierenden Folgen war für den BdV, seine Mitgliederverbände und deren Klientel, worauf Hartmut Koschyk zu Recht hingewiesen hat, ein schmerzlicher und sehr emotionaler Prozess. Auch und gerade deswegen sollte man diesem langen Weg den Respekt nicht verweigern.

STRESZCZENIE

Artykuł analizuje działalność polityczną Związku Wypędzonych (BdV) w kontekście procesu zjednoczenia Niemiec i polsko-niemieckich traktatów zawartych w latach 1990–1991. Już od lat 70. XX w. widoczny był stopniowy spadek znaczenia tej organizacji w życiu społeczno-politycznym RFN. BdV, w przeciwieństwie do okresu swojej świetności, nie był już w stanie oddziaływać na politykę wschodnią rządu federalnego. Nieprzejednana postawa BdV, zwłaszcza w odniesieniu do polsko-niemieckich traktatów, okazała się długotrwałym obciążeniem dla organizacji, ponieważ umacniała wrażenie, że jest ona zasadniczo niechętna pojednaniu. Wewnętrzne uznanie granicy polsko-niemieckiej i wynikające z tego konsekwencje były bolesnym i bardzo emocjonalnym procesem dla BdV, jego stowarzyszeń członkowskich i ich współpracowników. Ostatecznie BdV stanął w połowie lat 90. XX w. przed podobnym wyzwaniem, jak pod koniec lat 50. XX w., kiedy władze RFN na mocy specjalnej ustawy zaczęły wypłacać wsparcie dla wysiedlonych ze wschodu. Po ostatecznym rozwiązaniu kwestii granicy potrzebny był nowy temat, który mógłby uzasadnić istnienie BdV przed jego członkami, ale także w społeczeństwie zachodnioniemieckim.

BIBLIOGRAFIA / REFERENCES

- Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Daniel Hofmann, München 1998.
- Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989–91*, bearb. von Hans Viktor Böttcher, Bonn 1991.
- Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1991/92. Die deutschen Nachbarschaftsverträge*, bearb. von Hans Viktor Böttcher, Christoph Dahm, Bonn 1993.
- Umbruch in Europa. Die Ereignisse im 2. Halbjahr 1989. Eine Dokumentation*, Bonn 1990 (Auswärtiges Amt), S. 75f.
- Kohl Helmut, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005.
- Kohl Helmut, *Erinnerungen 1990–1994*, München 2007.

⁷⁷ Zu Czajas Lebensbilanz, die sich nicht erschöpft in seiner Rolle, die er 1990 bis 1992 spielte, vgl. ausführlich Stickler, *Die zwei Leben des Dr. Herbert Czaja (1914–1997)*.

- Steinbach Erika, *Die Macht der Erinnerung*, Wien 2010.
- Teltschik Horst: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991.
- „Bulletin“: Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, 1990.
- „Der Spiegel“, 1985, 1991.
- „Deutscher Ostdienst“, 1989–1993.
- „Die Welt“, 1984.
- „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 1985, 1990.
- „Süddeutsche Zeitung“, 1991.
- 20 Jahre Deutsche Einheit. *Erfolge, Ambivalenzen, Probleme*, hrsg. von Tilman Mayer, mit Grußworten von Angela Merkel und Thomas de Maizière, Berlin 2010 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 97).
- Ahonen Pertti, *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990*, Oxford u.a. 2003.
- Ash Timothy Garton, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München–Wien 1993.
- Berresheim Heinz, *Das Bundesvertriebenengesetz. Zielsetzung, Inhalt und Ergebnis nach 40 Jahren*, [in:] *Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945–1995*, hrsg. von Wilfried Schlau, München 1996 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, 12), S. 131–152.
- Blumenwitz Dieter, *Das Offenhalten der Vermögensfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen*, Bonn 1992 (Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, 13).
- Brües Hans Josef, *Artikulation und Repräsentation politischer Verbandsinteressen, dargestellt am Beispiel der Vertriebenenorganisationen*, Diss., Köln 1972.
- Czaja Herbert, *Deutschland – Erbe und Auftrag*, [in:] *Beiträge zur deutschen Frage – historische und rechtliche Aspekte*, hrsg. von Dieter Blumenwitz, Gottfried Zieger, Bonn 1984, S. 89–94.
- Czaja Herbert, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik*, Frankfurt am Main 1996.
- Czaja Herbert, *Überlegungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen heute und morgen*, [in:] *Die deutsch-polnischen Beziehungen heute und morgen. Ergebnisse eines Informationsaustausches zwischen polnischen Journalisten und deutschen Vertriebenen. Niemiecko-polskie stosunki dziś i jutro*, hrsg. von Markus Leuschner, Bonn 1993, S. 18–27.
- Finster Matthias, „50 Jahre Bund der Vertriebenen – das sind auch 50 Jahre deutsche Geschichte“ – *die Arbeit des BdV nach 1982 im Spannungsfeld von Verbandslobbyismus und Geschichtspolitik*, [in:] *Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung. Neue Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration*, hrsg. von Matthias Stickler, Stuttgart 2014 (Historische Mitteilungen, 86), S. 133–154.
- Gaa-Unterpaul Brigitta, *Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz und die Änderung für das Vertriebenenrecht*, „Neue Juristische Wochenzeitschrift“, 46 (1999), 33, S. 2080–2082.

- Gehler Michael, *Deutschland. Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft. 1945 bis heute*, Köln 2020.
- Hajnicz Artur, *Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989–1992*, Paderborn 1995.
- Hupka Herbert, *Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen*, München 1994.
- Hupka Herbert: *Schlesien lebt. Offene Fragen – kritische Antworten*, München 2006.
- Korger Dieter, *Die Polenpolitik der deutschen Bundesregierung von 1982–1991*, Bonn 1993 (Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung, 15).
- Korte Karl-Rudolf, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998 (Geschichte der deutschen Einheit, 1).
- Koschyk Hartmut: *BdV – Bund der Versöhnung?*, [in:] *Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft*, hrsg. von Friedbert Pflüger, Winfrid Lipscher, Bonn 1993, S. 419–426.
- Küsters Hanns Jürgen, *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg–Basel–Wien 2009.
- Mildenberger Markus, *Brücke oder Barriere? Die Rolle der Vertriebenen in den deutsch-polnischen Beziehungen*, „Deutschland Archiv“, 33 (2000), 3, S. 416–424.
- Mohlek Peter, *Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag und die deutsche Minderheit*, [in:] *Anerkannt als Minderheit. Vergangenheit und Zukunft der Deutschen in Polen*, hrsg. von Hans van der Meulen, Baden-Baden 1994, S. 99–112.
- Neubach Helmut, *Heimatvertriebene in den politischen Parteien*, [in:] *Die Bundesrepublik und die Vertriebenen. Fünfzig Jahre Eingliederung, Aufbau und Verständigung mit den Staaten des östlichen Europas*, bearb. von Christof Dahm, Hans-Jakob Tebarth, Bonn 2000, S. 37–65.
- Ociepka Beata, *Związek Wypędzonych w systemie politycznym RFN i jego wpływ na stosunki polsko-niemieckie 1982–1992*, Wrocław 1997.
- Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*, 2012: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54028.html
- Piskorski Jan M., *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Berlin 2013.
- Piskorski Jan M., *Polacy i Niemcy. Czy przeszłość musi być przeszkodą?*, Poznań 2004.
- Piskorski Jan M., *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift*, Osnabrück 2005.
- Plamper Jan, *Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte*, München 2012.
- Plato Alexander von, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel*, Bonn 2003.
- Regente Vincent, *Flucht und Vertreibung in europäischen Museen. Deutsche, polnische und tschechische Perspektiven im Vergleich*, Bielefeld 2020.

- Rödder Andreas, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.
- Stickler Matthias, „Unserer Heimat droht Gefahr!“ – *Der Kampf des Bundes der Vertriebenen (BdV) gegen die Ostverträge*, „Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte“, 2010, 1, S. 18–33.
- Stickler Matthias, „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“ – *Die Stuttgarter Charta vom 5./6. August 1950 als zeithistorisches Dokument*, [in:] „Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung“. *60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen*, hrsg. von Jörg-Dieter Gauger, Hanns-Jürgen Küsters, Sankt Augustin 2011, S. 43–74.
- Stickler Matthias, *70 Jahre Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Anmerkungen zu einem oft missverstandenen Dokument*, „Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik“, 27 (2020), S. 117–131.
- Stickler Matthias, *Beharrung, Bedeutungsverlust und Neuorientierung – Die Rolle des Bundes der Vertriebenen im Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands*, „Jahrbuch für schlesische Kultur und Geschichte“, 53/54 (2012/13) [2015], S. 91–113.
- Stickler Matthias, *Die zwei Leben des Dr. Herbert Czaja (1914–1997) – Grundzüge eines Lebensbilds*, [in:] *Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung. Neue Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration*, hrsg. von Matthias Stickler, Stuttgart 2014 (Historische Mitteilungen, 86), S. 45–63.
- Stickler Matthias, *Gegenspieler der Aussöhnung? Die Haltung der Vertriebenenverbände zur deutsch-polnischen Verständigung 1949 bis 1969*, [in:] *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik*, hrsg. von Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki, Klaus Ziemer, Mitarbeit von Thomas Roth, Bonn 2009 (Archiv für Sozialgeschichte, 27), S. 224–244.
- Stickler Matthias, *Integration versus Rückkehr – Die Vertriebenenverbände und das „Recht auf die Heimat“* [22 XI 2017]: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Aufsaeetze/suchdienste-pl-stickler.html>.
- Stickler Matthias, „... bis an die Memel“? *Die Haltung der deutschen Vertriebenenverbände zur deutsch-polnischen Grenze*, [in:] *Granica. Die deutsch-polnische Grenze vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*, hrsg. von Karoline Gil, Christian Pletzing, München 2010, S. 105–134.
- Stickler Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“ – *Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972*, Düsseldorf 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 46).
- Strauß Ekkehard, *Der Minderheitenschutz in den Nachbarschaftsverträgen und die deutschen Minderheiten*, [in:] *Rechtsanspruch und Rechtswirklichkeit des europäischen Minderheitenschutzes*, hrsg. von Dieter Blumenwitz, Gilbert H. Gornig, Dietrich Murswiek, Köln 1998 (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, 17), S. 39–46.
- Wege zum „2+4“ Vertrag. *Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit*, hrsg. von Elke Bruck, Peter M. Wagner, München 1996 (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, 6).

Weidenfeld Werner, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, Stuttgart 1998 (Geschichte der deutschen Einheit, 4).

Weidenfeld Werner, Korte Karl-Rudolf, *Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999*, Frankfurt am Main–New York 1999.

Wirsching Andreas, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006.

O AUTORZE

prof. dr hab. Matthias Stickler – niemiecki historyk, pracownik naukowy w Historisches Institut Julius-Maximilians-Universität w Würzburgu, interesuje się problematyką ucieczki i wypędzenia Niemców z Europy Środkowo-Wschodniej i ich integracją w RFN. Ponadto zajmuje się historią monarchii habsburskiej, porównawczymi badaniami nad zbrodniami przeciwko ludzkości, niemiecką opozycją antyhitlerowską oraz historią uniwersytetów. Autor licznych publikacji. Adres e-mail: matthias.stickler@uni-wuerzburg.de

